

Kommentare

Nach dem Rücktritt des serbischen Premiers
Der Schatten des Nationalisten

Seit den Herbsttagen des Jahres 2000 ist Vojislav Kostunica Serbiens Schattenmann. Im Schatten der Revolution, die dem Diktator Slobodan Milosevic ein Ende bereitet und vor allem von Zoran Djindjic getragen wurde, kam der graugesichtige Kostunica an die Macht. Von dieser Macht will er seither nicht mehr lassen. Als promovierter Verfassungsrechtler und gewiefter Politiker wandte er alle Tricks und Kniffe an, um wechselweise als Präsident oder Premierminister die Geschicke „seines“ Serbiens in der Hand zu halten.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis der Nationalist Kostunica endlich sein wahres Gesicht zeigt und gemeinsame Sache mit Serbiens Rechtsaußen macht. Der Zeitpunkt für ein Bündnis mit der Serbischen Radikalen Partei (SRS) wird nach dem 11. Mai kommen. Dann müssen die Wähler schon wieder an die Urnen und ein neues Parlament wählen, nachdem der Premier am Samstag seinen Rücktritt aus der westlichen Regierungskoalition angekündigt hat.

Dass sich ausgerechnet Kostunica damit brüstet, seine Winkelzüge stets mit demokratischen Mitteln zu machen, ist

ein Hohn: Erst Anfang Februar hatte die Mehrheit der Serben Boris Tadic zum Präsidenten wiedergewählt. Das war ein eindeutiges Zeichen des Souveräns, der Tadic Weg Richtung EU mitgehen will. Und auch wenn die SRS seit der letzten Parlamentswahlen Anfang 2007 die stärkste Fraktion stellt: Eine Mehrheit der Wähler hatte proeuropäischen Parteien ihre Stimme gegeben.

Der Weg Richtung EU aber bedeutet für Serbien, die eine bittere Realität anzuerkennen – den Verlust des Kosovo. Doch statt sich von diesem Ballast zu befreien, der Serbiens Entwicklung nur im Weg steht, verteidigt Kostunica jedes Fitzelchen serbischen Boden wie sein eigenes Leben. Dafür nimmt er sein eigenes Volk wie auch die EU als Geisel. Denn Kostunica und die SRS blockieren gemeinsam jede Annäherung an Brüssel, wenn die Union im Gegenzug nicht garantiert, dass das Kosovo weiter Teil Serbiens bleibt. Eine Mehrheit der EU-Staaten aber hat das Kosovo bereits anerkannt. Und so liegt seit dem Wochenende auch über Brüssel einmal mehr der lange Schatten des Vojislav Kostunica.

Stefanie Bolzen

stefanie.bolzen@welt.de

Urteil zum Post-Mindestlohn
Ein Etappen-Sieg der Vernunft

Das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts gegen eine Anwendung des Postmindestlohns auf alle Briefdienstleister ist ein erster Erfolg im Kampf der Vernunft gegen die Ideologie. Und es ist eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung, die die wettbewerbsfeindliche Verordnung gegen alle Proteste und Argumente aus der Wirtschaft in Kraft gesetzt hat – allein um den brüchigen Frieden in der Koalition zu wahren. Doch am Ziel sind die klagenden Konkurrenten des Ex-Monopolisten Deutsche Post mit diesem Richterspruch noch lange nicht. Das Bundesarbeitsministerium wird den Rechtsstreit zweifellos über alle Instanzen hinweg ausfechten. Politische Einsicht ist bisher nicht zu erkennen.

Wirklich freuen können sich deshalb auch die Kläger nicht. Der erstinstanzliche Sieg hat einen bitteren Beigeschmack. Denn bis zu einer endgültigen Klärung der Rechtslage wird noch viel Zeit ins Land gehen. Selbst ein finaler Klageerfolg käme damit wohl nicht nur für die sich in Insolvenz befindliche Pin

Group zu spät, sondern wahrscheinlich auch für eine ganze Reihe weiterer Post-Konkurrenten. Schließlich soll die Mindestlohnverordnung laut Bundesarbeitsministerium trotz des Urteils vorerst in Kraft bleiben. Manch ein Arbeitsplatz wird so noch verloren gehen.

Und damit nicht genug: Für den Staat könnte die richterlich gerügte Regelung sogar ausgesprochen teuer werden. Sollte der Spruch des Berliner Verwaltungsgerichts bestätigt werden, drohen umfangreiche Schadenersatzklagen der betroffenen Unternehmen.

Bleibt nur zu hoffen, dass die Politik wenigstens eine Konsequenz aus dem Berliner Urteil zieht, nämlich nicht weitere Wirtschaftszweige mit Mindestlöhnen zu belasten. Denn dieses Modell ist schlicht nicht geeignet, mehr Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen – im Gegenteil, es vernichtet die Arbeitsplätze jener, die es am schwersten haben, einen zu finden.

Thomas Exner

thomas.exner@welt.de

Gastkommentar

Politiker glauben irrtümlich, sie seien die Besseren
Die Kritiker der Elche...

Hans Herbert von Arnim

Wer Steuern hinterzieht, macht sich strafbar, und das ist gut so. Die Gemeinschaft muss sich vor unsolidarischem Verhalten schützen, sonst würde bald kaum noch einer Steuern zahlen.

Doch was da in Sachen Zumwinkel und Liechtenstein inszeniert wurde, lässt alle Maßstäbe vermissen. Gewiss, manche Wirtschaftsmanager können den Hals offenbar nicht voll kriegen. Riesenabfindungen trotz offensichtlichen Versagen oder eben Steuerhinterziehung von Millionären – da ist öffentliche Kritik geboten.

Aus dem Mund von Politikern klingt es aber eher nach „Haltet den Dieb!“ Und erst das bei dieser Alibikampagne verwendete Vokabular! Wie würden Politiker reagieren, wenn man es gegen Kollegen aus ihren Reihen richtete und Politiker als „neue Asoziale“ bezeichnete? Hat man Bundesinnenminister Manfred Kanther, der in krass rechtswidriger Weise CDU-Millionen in Liechtenstein gebunkert hatte, je als „Abschaum“ bezeichnet? Hat man Helmut Kohl, der – entgegen dem Gesetz – Millionen so genannter Spenden verheimlicht hatte, als „Sozialschädling“ beschimpft?

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck sprach gar von kriminellen Vereinigungen und organisierter Kriminalität. Hätte er sich als Politiker doch einmal an die eigene Brust geschlagen! Was ist

nicht alles im Bereich der Parteien- und Politikerfinanzierung offensichtlich rechtswidrig! Wo wird da nicht überall gegen die Verfassung verstoßen – im Vertrauen darauf, dass sich kein Kläger findet, weil nur Begünstigte klagen können!

Dazu seien aus der Fülle der Beispiele hier nur drei genannt: Mit steuerfreien Zahlungen an Bundestagsabgeordnete in Höhe von fast 3800 Euro monatlich und der Steuerbegünstigung von Parteispenden (eines Verheirateten) bis zur Höhe von 6600 Euro jährlich werden der Gemeinschaft verfassungswidrig Steuern vorenthalten. Gegen einen wirksamen Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung stimmt sich der Bundestag seit Jahren mit immer neuen Ausflüchten. Dabei schreibt eine – ursprünglich für Bananenrepubliken gedachte – Konvention der Vereinten Nationen dies zwingend vor. So ist Abgeordnetenkorruption in Deutschland immer noch „ganz legal“. Soll aber der Umstand, dass die politische Klasse auch noch ihre Herrschaft über die Gesetzgebung zur Sicherung der eigenen Straflosigkeit missbraucht, den Vorwurf entkräften können? Vergrößert er nicht noch die Anrüchigkeit?

Der Verfasser lehrt als pensionierter Universitätsprofessor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

forum@welt.de



Leitartikel Sinn und Seele des europäischen Projektes / Von Michael Stürmer

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Europa hat ein Organisationsstatut, aber niemand war es noch, den Kompromiss zwischen 27 Bürokratien eine Verfassung zu nennen. Ob der Lissabon-Vertrag Abschluss ist oder Anfang, hängt indes nicht von dem mühevollen Text ab, ohne Kraft und Inspiration, sondern von drei Faktoren: Wirtschaft, äußere Gefahren, Kultur. Da ist zuerst der Druck, der von der – weitgehend – gemeinsamen Währung ausgeht auf die Zentralbank, auf die Regierungen und hoffentlich auch auf die Parlamente und sie in mehr Disziplin und Zukunftsverantwortung zwingt, als ihnen von Hause aus eigen ist. Zum Zweiten kann die äußere Lage, die vom Balkan bis zum Nahen Osten wenig Beruhigung verspricht, die Europäer in gemeinsame Verantwortlichkeit und Strategie zwingen, zumal Amerika die Bürde der Weltordnung immer schwerer wird.

Zum Dritten aber werden die Europäer sich gewissermaßen müssen, was das Europäische an Europa ist, wofür sie stehen und, wenn notwendig, fallen.

Mit anderen Worten, es geht um Sinn und Seele des europäischen Projekts. In den frühen Nachkriegsjahren ergab sich der sittliche Impuls aus den liberalen, christlich-demokratischen und sozialdemokratischen Impulsen des Widerstands gegen die Diktatoren der Vergangenheit und Gegenwart. Dazu kam die Fähigkeit der amerikanischen Politik, Moral und Macht auf die Trümmer Europas zu projizieren und zur Verzweigung des Neubeginns die Dollars, die Wirtschaftsordnung und den Optimismus beizusteuern.

Im Jahrzehnt nach dem großen Umbruch 1989/90 hat sich solches noch einmal wiederholt. Zugleich aber ist das Europa der 27 unübersehbar abgekum-

men von jener „immer engeren Gemeinschaft“, welche die Römischen Verträge vor fünf Jahrzehnten den Europäern versprochen. Stattdessen entsteht eine immer weitere Gemeinschaft, mit missbrauchlichen Vorbehalten der Mitglieder gegeneinander – „Opt-Outs“ im EU-Jargon –, ohne verpflichtende übergreifende Werte, Tugenden und Ziele. Wenigstens gibt es in Straßburg den Menschenrechtsgerichtshof, der noch die alte Fahne wehen lässt. Aber das ist nicht genug. Denn Europa wird nicht an dem gemessen, was die Regierungen sich gerade noch abnötigen an Gemeinsamkeiten, sondern an den Erfordernissen einer Außenwelt, die in revolutionäre Bewegung geraten ist, zu Europa keine sentimentale Beziehung hat und von Globalisierung mitleidlos vorangetrieben wird. „Die Erde ist flach“, überschreibt Thomas Friedman eines der aufregendsten Bücher dieses Jahrzehnts.

Europas moralische Reserven liegen in seiner Kultur, die anders ist als die aller anderen Großräume. Das Europäische an Europa ist seine innere Verschiedenheit. Die größte Stärke der Europäer ist auch ihre größte Schwäche. Stärke, weil daraus, wie in Zeiten des alten Hellas, Konkurrenz und Wettkampf der Ideen entstehen. Aber auch Schwäche, weil sich die Europäer nicht aus ihren alt gewordenen staatlichen Gehäusen lösen können. Unverändert liegen Steuern, Wohlfahrt und das Mandat legitimer Macht bei den Nationalstaaten, und nirgendwo sonst – und so wird es noch lange bleiben. In den Nationalstaaten wird Politik gekauft und abgerechnet, Millionen von personalisierten Interessen und Ansprüchen hängen daran. Sie sind, ob man es will oder nicht, eine Realität. Sie in intellektuellen Höhenflügen wegzureden ist etwas

für Feierstunden, aber nicht für den Rest der Woche. Reicht das alles? Von Jean Monnet, treibender Geist europäischer Einigung in den frühen Jahren, wird das Wort überliefert, wenn er noch einmal ans Werk gehen müsste, würde er mit der Kultur beginnen. Vielleicht sind das alles nur fromme Wünsche im Blick auf die Vergangenheit. Für die Zukunft aber wird es nicht abgehen ohne einerseits Rückbesinnung auf die sittlichen und ethischen Grundlagen Europas und andererseits deren Erneuerung und Projektion in eine Welt, in der nichts mehr ist, wie es vordem war.

Russland hat das Sowjetsystem überwunden und bekehrt sich wieder zur Einheit von Staat und Orthodoxie. China ist nicht nur die große Bereicherungsmaschine, sondern braucht auch, früher oder später, ein moralisches System jenseits der spät-kommunistischen Diktatur – und wird es wahrscheinlich in erneuerten konfuzianischen Tugenden finden. Der Islam erlebt Aufstieg in neue Glaubensintensität und Gewalt. Die Vereinigten Staaten waren immer hin- und hergerissen zwischen dem Fundamentalismus der Pilgerväter und dem Aufklärungspathos von 1776. Europa aber?

Es braucht wohl den Blick von außen, um die Gefährdung des Abendlands zu erkennen. Die Direktorin des russischen Instituts für Demokratie und Kooperation in Paris, Natalja Narotschnizkaja: „Heute gehen dem Westen die nicht ökonomischen Werte aus. Diese Art Freiheit führt in die Sklaverei des Fleisches. Angesichts des Andrangs nicht christlicher Zivilisationen ist das besorgniserregend. Dass die christliche Tradition in der Verfassung nicht erwähnt wird, ist skandalös.“

Auch für Europa gilt, dass der Mensch von Brot allein nicht lebt.

forum@welt.de

Kopfnote

Von Torsten Thissen



Heinz-Horst Deichmann (81), Unternehmer und Milliardär aus Essen, sieht wohltätiges Engagement als seine christliche Pflicht. „Ich besitze keine Jacht und keinen Sportwagen oder so etwas Überflüssiges“, sagte der Milliardär aus Essen. Das ist natürlich höchst ehrenvoll und besser, als seine Milliarden nach Liechtenstein zu bringen. Allerdings mutet der nächste Satz ein wenig seltsam an: Er könne nicht verstehen, warum manche Menschen viel Geld für „wertlose und alltägliche Dinge“ wie Kleidung ausgeben. Ob Herr Deichmann damit auch Schuhe meint?

Note: 2



Prinz Philip, Ehemann der britischen Königin Elizabeth II., ist mal wieder in ein Fettnäpfchen getreten – dieses Mal bei einer Gruppe Bauchtänzerinnen. Die vier Frauen waren Gast einer Grundschule, als der 86-Jährige seine Meinung kundtat: „Ich dachte, orientalische Frauen sitzen den ganzen Tag nur rum, rauchen Wasserpipe und essen Süßigkeiten.“ Das ist natürlich ein Vorurteil. Genau wie dieses, dass Prinzen den ganzen Tag auf der faulen Haut liegen, Geld ausgeben und Blödsinn reden.

Note: 4-



Der italienische Oppositionsführer und Ex-Ministerpräsident **Silvio Berlusconi** hat vor den Kameras der Medien das Wahlprogramm seines Konkurrenten Walter Veltroni zerissen. „Das Programm der Linken ist nichts weiter als Papiermüll“, sagte Berlusconi, was natürlich einen Aufschrei unter seinen Gegnern provozierte, die sich an Bücherverbrennungen der Nazis erinnern fühlen. Gemach, gemacht, will man den Freunden im theatralischen Land Europas zurufen. Herr Berlusconi ist doch kein Unbekannter, und jetzt schon die Empörung so hochkochen zu lassen ist viel zu früh. Italien wählt doch erst im kommenden Monat ein neues Parlament, und die Aufregung muss schließlich noch steigerbar sein.

Note: 3-



Die Vergeistigung des **Tony Blair** schreitet weiter voran. Erst vor Weihnachten war der 54-Jährige zum Katholizismus übergetreten, jetzt scheint er schon Experte zu sein. So soll er im Herbstsemester eine Vorlesungsreihe an der US-Eliteuniversität Yale halten. Blair werde sich mit der Rolle der Religion in der Globalisierung befassen. Das Programm steht auch in Verbindung mit der Initiative Blairs, eine Glaubensstiftung ins Leben zu rufen. Die Tony Blair Faith Foundation soll noch in diesem Jahr gegründet werden. Blair wird ja für alle Ämter gehandelt, die es so gibt. An das Papstamt hatte bisher noch niemand gedacht.

Note: 2

DIE WELT

Verleger: AXEL SPRINGER (1985 +)

Chefredakteur: Thomas Schmid • Stellv. Chefredakteurin: Andrea Seibel • Leitender Redakteur: Marcus Heithecker • Innenpolitik: Margaret Heckel, Dietrich Menkens (Stv.) • Außenpolitik: Clemens Wergin, Dietrich Alexander (Stv.) • Forum: Andrea Seibel • Wirtschaft, Finanzen, Immobilien: Jörg Eigendorf, Thomas Exner • Wissenschaft/Medizin: Dr. Norbert Lossau • Reportagen/Aus aller Welt: Sandra Garbers, Sv. Petra Götz, Felix Müller • Literarische Welt: Rachel Salamander (Herausgeberin) • Feuilleton: Eckhard Fuhr, Rainer Haubrich (Ltg.), Sv. Holger Kreitling, Dr. Berthold Seewald; Elmar Kreckler (Literarische Welt) • Sport: Stefan Frommann, Sv. Volker Zeiler, Michael Witt, Ralf Körtner (Fußball) • Regionalredaktionen: Berlin: René Gröblich, Sv. Andreas Abel, Sv. Jan Dräger; Hamburg: Matthias Iken, Sv. Jörn Lauterbach • Regionalbüros: Düsseldorf: Hagen Seidel (Ltg.); Frankfurt: Jörg Eigendorf (Ltg.)

Autoren/Boots: Stefan Anker • Reise: Julia Witt • Produktion: Torsten Kroop • Chef vom Dienst/Produktion: Patricia Plate, Sv. Dr. Jörg Forbricht • Foto: Michael Dillger • Grafik: Karin Sturm • Layout: Michael Klocke

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Seite 1: Andrea Seibel • Deutschland: Dietrich Menkens • Ausland: Dietrich Alexander • Forum: Andrea Seibel • Magazin: Andrea Seibel • Wirtschaft/Finanzen: Thomas Exner • Sport: Michael Witt

Feuilleton/Kunstmarkt: Dr. Berthold Seewald • Wissenschaft: Wolfgang W. Merkel • Aus aller Welt: Christine Hoffmann • Berlin/Brandenburg/Berlin/Termine/Berliner Leben: Andreas Abel • Hamburg: Jörn Lauterbach • Anzeigen: Michael Holenz

Die Redaktion erreichen Sie unter: Tel.: 030/25 910 • Fax: 030/25 91 70 66

Verlagsgruppe DIE WELT / WELT KOMPAKT: Verlagsgeschäftsführer: Peter Württemberg (Vorsitzender), Ulrich Lingnau • Marketing und Vertrieb: Dr. Ulrike Handel • Gesamtanzeigenleitung: Michael Witke (Display), Clemens Braun (Rubriken) • Anzeigenleitung nationaler Handel: Peter Müller • Redaktion Sonderthemen: Astrid Gmeinski-Walter.

Die WELT wird als Zeitung und digital vertrieben und ist im Internet unter www.welt.de recherchierbar. Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel.: 030/28 49 30 oder www.presse-monitor.de.

Verlag und Druck: Axel Springer AG, 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65, Tel.: 030 / 259 10. Abonnementspreis in Deutschland monatlich 32,90 Euro; Kombi-Abo DIE WELT/WELT am SONNTAG 37,50 Euro; Versandzusatzkosten im Ausland: Europa 14,50 Euro; weltweit 71,75 Euro. Das Abonnement kann zum Monatsende beendet werden, Abbestellungen müssen dem Verlag schriftlich sieben Tage vor Monatsende vorliegen. ISSN 0173-8437. DIE WELT, USPS No. 0603-590. Anzeigenpreisliste Nr. 86, gültig ab 1.1.2008. E-Mail: anzeigen@welt.de. Fax: 030/58 58 91. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Alle Kommentare und Meinungsbeiträge finden Sie online unter: welt.de/meinung